



Mitteilungsblatt

18. März 1996

Nr. 21

Inhalt:

Diplomprüfungsordnung für den Studiengang
Wirtschaftsingenieurwesen der Fachbereiche Maschinenbau
und Elektrotechnik an der Fachhochschule Lausitz vom
18.12.1995

Herausgeber:

Der Rektor der Fachhochschule Lausitz
Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg
Tel. 03573/85 0 ~ Fax 03573/85 209

I n h a l t

Seite

I. Allgemeines

§ 1	Geltungsbereich der Prüfungsordnung; Studienordnung	3
§ 2	Ziel des Studiums; Zweck der Prüfung; Diplomgrad	3
§ 3	Praktische Tätigkeit als Studienvoraussetzung	3
§ 4	Regelstudienzeit; Studienumfang	4
§ 5	Umfang und Gliederung der Prüfung	4
§ 6	Prüfungsausschuß	5
§ 7	Prüfer und Beisitzer	6
§ 8	Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen	6
§ 9	Einstufungsprüfung/Eignungsprüfung	7
§ 10	Bewertung von Prüfungsleistungen	7
§ 11	Wiederholung von Prüfungsleistungen	8
§ 12	Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß	9

II. Fachprüfungen

§ 13	Ziel, Umfang und Form der Fachprüfungen	10
§ 14	Zulassung zu Fachprüfungen	10
§ 15	Durchführung von Fachprüfungen	12
§ 16	Klausurarbeiten	13
§ 17	Mündliche Prüfungen	13

III. Studienbegleitende Leistungsnachweise

§ 18	Allgemeines	14
§ 19	Leistungsnachweise als Zulassungsvoraussetzung für Prüfungen (Prüfungsvorleistungen - PVL)	14
§ 20	Leistungsnachweise in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind	15

IV. Zwischenprüfung; Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums

§ 21	Diplomvorprüfung	15
§ 22	Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums	15

V. Praktisches Studiensemester

§ 23	Praktisches Studiensemester	16
§ 24	Fachprüfungen und Leistungsnachweise	17

VII. Diplomarbeit und Kolloquium

§ 25	Diplomarbeit	17
§ 26	Zulassung zur Diplomarbeit	18
§ 27	Ausgabe und Bearbeitung der Diplomarbeit	19
§ 28	Abgabe und Bewertung der Diplomarbeit	19
§ 29	Kolloquium	20

VIII. Ergebnis der Diplomprüfung; Zusatzfächer

§ 30	Ergebnis der Diplomprüfung	21
§ 31	Zeugnis, Gesamtnote, Diplomurkunde	21
§ 32	Zusatzfächer	22

IX. Schlußbestimmungen

§ 33	Einsicht in die Prüfungsakten	23
§ 34	Ungültigkeit von Prüfungen	23
§ 35	Inkrafttreten, Übergangsvorschriften	23

Anlage: Prüfungspläne

I. Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich der Prüfungsordnung; Studienordnung

- (1) Diese Prüfungsordnung gilt für den Abschluß des Studiums im Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen an der Fachhochschule Lausitz. Sie regelt gemäß §14 und §15 BBHG die Diplomvor- und die Diplomprüfung.
- (2) Auf der Grundlage dieser Prüfungsordnung stellen die Fachbereiche Maschinenbau und Elektrotechnik an der Fachhochschule Lausitz eine Studienordnung auf, die Inhalt und Aufbau des Studiums unter Berücksichtigung der fachlichen und hochschuldidaktischen Entwicklung und der Anforderungen der beruflichen Praxis regelt.

§ 2

Ziel des Studiums; Zweck der Prüfung; Diplomgrad

- (1) Die Diplomprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluß des Studiums.
- (2) Das zur Diplomprüfung führende Studium soll unter Beachtung der allgemeinen Studienziele (§ 8 BBHG) den Studierenden auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse insbesondere die anwendungsbezogenen Inhalte der Studienfächer vermitteln und sie befähigen, wissenschaftliche Methoden anzuwenden, praxisgerechte Problemlösungen zu erarbeiten und dabei auch außerfachliche Bezüge zu beachten. Das Studium soll die schöpferischen und gestalterischen Fähigkeiten der Studierenden entwickeln und sie auf die Diplomprüfung vorbereiten.
- (3) Durch die Diplomprüfung soll festgestellt werden, ob die Studierenden die für eine selbständige Tätigkeit im Beruf notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben haben und befähigt sind, methodisch selbständig auf wissenschaftlicher Grundlage zu arbeiten.
- (4) Auf Grund der bestandenen Diplomprüfung wird der Hochschulgrad "Diplom-Wirtschaftsingenieur" (FH) bzw. "Diplom-Wirtschaftsingenieurin" (FH) verliehen.

§ 3

Praktische Tätigkeit als Studienvoraussetzung

- (1) Als Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums wird neben der Fachhochschulreife der Nachweis einer praktischen Tätigkeit gefordert.
- (2) Der Nachweis einer praktischen Tätigkeit gilt als erbracht, wenn die Studienbewerber die Qualifikation für das Studium durch das Abschlußzeugnis einer Fachoberschule für Technik- bzw. Wirtschaft in einer Fachrichtung, deren Abschluß für den Studiengang einschlägig ist, erworben haben.

Studienbewerber, die die Qualifikation einer Fachoberschule für Technik oder Wirtschaft in einer anderen Fachrichtung besitzen, müssen ein Praktikum von acht Wochen nachweisen. Studienbewerber, die die Qualifikation für das Studium an einer Fachoberschule anderen Typs oder auf andere Weise erworben haben, müssen ein Praktikum von 13 Wochen nachweisen.

(3) Einschlägige Ausbildungs- und Berufstätigkeiten werden auf das Praktikum angerechnet. Über die Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuß.

(4) Acht Wochen des Praktikums sind vor Aufnahme des Studiums abzuleisten, die restlichen fünf Wochen sind bei Beginn des vierten Semesters nachzuweisen.

§ 4

Regelstudienzeit; Studienumfang

(1) Das Studium umfaßt eine Regelstudienzeit von acht Semestern. Die Regelstudienzeit schließt eine von der Fachhochschule begleitete und betreute berufspraktische Tätigkeit von mindestens 20 Wochen (Praktisches Studiensemester) und die Prüfungszeit ein.

(2) Das Studium gliedert sich in das dreisemestriges Grundstudium und das fünfsemestriges Hauptstudium. Einzelheiten dazu sind in der Studienordnung geregelt.

(3) Der zeitliche Gesamtumfang der Lehrveranstaltungen beträgt 173 bzw. 176 Semesterwochenstunden.

§ 5

Umfang und Gliederung der Prüfung

(1) Die Diplomprüfung gliedert sich in studienbegleitende Teilprüfungen und einen abschließenden Prüfungsteil. Am Ende des Grundstudiums ist eine Diplomvorprüfung abzulegen; das Nähere ergibt sich aus § 21.

(2) Die studienbegleitenden Teilprüfungen sollen zu dem Zeitpunkt stattfinden, an dem das jeweilige Fach im Studium der Studierenden abgeschlossen wird.

(3) Der abschließende Teil der Diplomprüfung besteht aus einer Diplomarbeit und einem Kolloquium, das sich an die Diplomarbeit anschließt. Das Thema der Diplomarbeit wird in der Regel vor Beginn des Diplomsemesters ausgegeben, so daß das Kolloquium vor Ablauf des folgenden Semesters abgelegt werden kann. Das Kolloquium soll innerhalb von zwei Monaten nach Abgabe der Diplomarbeit stattfinden.

(4) Die Diplomprüfung wird ergänzt durch studienbegleitende Leistungsnachweise; hierbei wird der Nachweis durch die erfolgreiche Teilnahme an Lehrveranstaltungen geführt. Die für einen solchen Leistungsnachweis zu erbringenden Studienleistungen müssen nach Anforderung und Verfahren einer Prüfungsleistung gleichwertig sein.

(5) Die Meldung zum abschließenden Teil der Diplomprüfung (Antrag auf Zulassung zur Diplomarbeit) soll in der Regel nach Abschluß des siebenten Semesters erfolgen.

(6) Das Studium sowie das Prüfungsverfahren sind so zu gestalten, daß das Studium einschließlich der Diplomprüfung mit Ablauf des achten Semesters abgeschlossen sein kann.

§ 6

Prüfungsausschuß

(1) Der Prüfungsausschuß ist ein unabhängiges Prüfungsorgan der Fachbereiche Elektrotechnik und Maschinenbau für den Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen und besteht aus dem Vorsitzenden, drei weiteren Mitgliedern der Gruppe der Professoren (§ 78 Abs. 1 Ziff. 1 des BBHG), einem Mitglied der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter oder Lehrkräfte für besondere Aufgaben (§ 78 Abs. 1 Ziff. 3 des BBHG) und zwei Mitglieder aus dem Kreis der Studierenden.

Im Abwesenheitsfall wird der Vorsitzende durch das dazu vom Prüfungsausschuß bestellte Mitglied der Gruppe der Professoren vertreten. Für die Mitglieder des Prüfungsausschusses mit Ausnahme des Vorsitzenden werden Vertreter bestellt. Die Amtszeit der hauptberuflich an der Fachhochschule Lausitz tätigen Mitglieder beträgt zwei Jahre, die der studentischen Mitglieder und ihrer Vertreter ein Jahr.

(2) Der Prüfungsausschuß achtet auf die Einhaltung der Prüfungsordnung und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Er berichtet den Fachbereichen über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und schlägt den Fachbereichen bei Abweichungen von der Regelstudienzeit Maßnahmen zur Verkürzung der Studienzeiten vor. Maßnahmen zur Prüfungsorganisation trifft der Prüfungsausschuß selbst. Der Prüfungsausschuß kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses übertragen; dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche.

(3) Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn mindestens vier seiner Mitglieder anwesend oder ordnungsgemäß vertreten sind. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein. Ausgenommen sind studentische Mitglieder, die sich am selben Tag der gleichen Prüfung zu unterziehen haben.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, deren Stellvertreter, die Prüfer und die Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses protokollarisch zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(6) Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder seines Vorsitzenden sind den betreffenden Studierenden unverzüglich mitzuteilen.

§ 7

Prüfer und Beisitzer

(1) Der Prüfungsausschuß bestellt die Prüfer und Beisitzer. Zum Prüfer darf nur bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt oder eine vergleichbare Qualifikation erworben hat und, sofern nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern, in dem Studienabschnitt, auf den sich die Prüfung bezieht, eine einschlägige selbständige Lehrtätigkeit ausgeübt hat; sind mehrere Prüfer zu bestellen, soll mindestens ein Prüfer in dem betreffenden Prüfungsfach gelehrt haben. Zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt oder eine vergleichbare Qualifikation erworben hat (sachkundiger Beisitzer). Die Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

(2) Der zu prüfende Studierende kann für mündliche Fachprüfungen einen Prüfer oder mehrere Prüfer vorschlagen. Er kann ferner den Betreuer der Diplomarbeit als Prüfer vorschlagen. Der Prüfungsausschuß achtet darauf, daß die Prüfungsverpflichtung möglichst gleichmäßig auf die Prüfer verteilt wird. Auf den Vorschlag des Studierenden ist nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

(3) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, daß dem Studierenden die Namen der Prüfer rechtzeitig bekanntgegeben werden. Die Bekanntgabe soll zugleich mit der Zulassung zur Prüfung, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der Prüfung oder der Ausgabe der Diplomarbeit erfolgen. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

§ 8

Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Einschlägige Studienzeiten an anderen Fachhochschulen oder in entsprechenden Studiengängen an anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes sowie dabei erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen werden von Amts wegen angerechnet.

(2) Studienzeiten in anderen Studiengängen sowie dabei erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen werden von Amts wegen angerechnet, soweit ein fachlich gleichwertiges Studium nachgewiesen wird. Studienzeiten an anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes sowie dabei erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen werden von Amts wegen angerechnet, soweit ein gleichwertiges Studium nachgewiesen wird; Absatz 1 bleibt unberührt. Gleichwertige Studienzeiten und Studien- und Prüfungsleistungen an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes werden auf Antrag angerechnet; für die Gleichwertigkeit sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen maßgebend. Soweit Äquivalenzvereinbarungen nicht vorliegen, entscheidet der Prüfungsausschuß über die Anrechnung. Im übrigen kann bei Zweifeln in der Frage der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für die Anrechnung von Praxissemestern und dabei erbrachten Studienleistungen entsprechend.

(4) In staatlich anerkannten Fernstudien erworbene Leistungsnachweise werden, soweit sie gleichwertig sind, als Studien- oder Prüfungsleistungen sowie auf die Studienzeiten angerechnet. Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit sind gemeinsame Beschlüsse der Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz zu beachten.

(5) Über die Anrechnung nach den Absätzen 1 bis 4 entscheidet der Prüfungsausschuß im Zweifelsfall nach Anhörung von für die Fächer zuständigen Prüfern.

§ 9

Einstufungsprüfung, Eignungsprüfung

(1) Studienbewerber /-innen mit Hochschulzugangsberechtigung, welche die für ein erfolgreiches Studium erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten auf andere Weise als durch ein Studium erworben haben, sind nach dem Ergebnis einer Einstufungsprüfung auf Grund von § 17 Abs.1 BBHG berechtigt, das Studium in einem dem Ergebnis entsprechenden Abschnitt des Studiengangs aufzunehmen, soweit nicht Regelungen über die Vergabe von Studienplätzen entgegenstehen.

Die Zulassung zur Einstufungsprüfung geschieht auf Antrag, mit dem die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten glaubhaft zu machen sind.

Über die Zulassung zur Einstufungsprüfung entscheidet der Prüfungsausschuß. Er legt für jeden Einzelfall Art und Umfang der Prüfung fest.

(2) Beruflich qualifizierte Bewerber können auf der Grundlage des § 30 Abs. 3 BBHG über eine fachbezogene Eignungsprüfung den Zugang zum Studium erlangen. Verfahren und Prüfungsinhalte richten sich nach der Verordnung über den Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung vom 16.12.1992 in ihrer jeweils gültigen Fassung in Verbindung mit der Eignungsprüfungsordnung der Fachhochschule Lausitz vom 01.07.1993.

§ 10

Bewertung von Prüfungsleistungen

(1) Prüfungsleistungen sind durch Noten differenziert zu beurteilen. Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(2) Sind mehrere Prüfer an einer Prüfung beteiligt, so bewerten sie die gesamte Prüfungsleistung gemeinsam, sofern nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.

(3) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	=	eine hervorragende Leistung;
2 = gut	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = nicht ausreichend	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Die Diplomarbeit und Prüfungsleistungen sind in ganzen Noten zu bewerten.

Klausurbewertung:

1 = sehr gut	= mind. 96% der erreichbaren Leistung
2 = gut	= 80 bis 95% der erreichbaren Leistung
3 = befriedigend	= 65 bis 79% der erreichbaren Leistung
4 = ausreichend	= 50 bis 64% der erreichbaren Leistung
5 = nicht ausreichend	= weniger als 50% der erreichbaren Leistung.

(4) Bei der Bildung von Noten aus Zwischenwerten ergibt ein rechnerischer Wert

bis 1,5	die Note "sehr gut"
über 1,5 bis 2,5	die Note "gut"
über 2,5 bis 3,5	die Note "befriedigend"
über 3,5 bis 4,0	die Note "ausreichend"
über 4,0	die Note "nicht ausreichend"

Hierbei werden Zwischenwerte nur mit der ersten Dezimalstelle berücksichtigt; alle weiteren Stellen hinter dem Komma werden ohne Rundung gestrichen.

§ 11

Wiederholung von Prüfungsleistungen

(1) Die Diplomvorprüfung und die Diplomprüfung können jeweils in den Teilen, in denen sie nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, wiederholt werden. Die Wiederholung soll in dem auf den erfolglosen Versuch folgenden Semester (außerhalb der Vorlesungszeit) stattfinden.

(2) Eine nicht bestandene Prüfung kann zweimal wiederholt werden.

(3) Die Diplomarbeit und das Kolloquium können je einmal wiederholt werden.

(4) Eine mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertete Prüfungsleistung kann nicht wiederholt werden.

(5) Versäumt die / der Studierende, die / der das Kolloquium erstmals nicht bestanden hat, sich innerhalb von zwölf Monaten erneut zum Kolloquium zu melden, erlischt der

Prüfungsanspruch, es sei denn, daß die / der Studierende das Fristversäumnis nicht zu vertreten hat. Die erforderlichen Feststellungen trifft der Prüfungsausschuß.

§ 12

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als "nicht ausreichend" (Note 5) bewertet, wenn die / der Studierende zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn sie / er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt oder die Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Zeit erbracht wird. Satz 1 gilt entsprechend, wenn die / der Studierende die Diplomarbeit nicht fristgemäß abliefern. Wird die gestellte Prüfungsaufgabe nicht bearbeitet oder geht aus der Art der Bearbeitung offenkundig hervor, daß ein ernsthafter Wille zur Lösung der gestellten Aufgabe gefehlt hat, steht das dem Säumnis nach Satz 1 gleich.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuß unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der / des Studierenden kann die Vorlage eines ärztlichen oder amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Erkennt der Prüfungsausschuß die Gründe an, so wird der / dem Studierenden mitgeteilt, daß sie/er die Zulassung zu der entsprechenden Prüfungsleistung erneut beantragen kann. Bereits vorliegende Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Versucht die / der Studierende, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als "nicht ausreichend" (Note 5) bewertet. Die / der Studierende, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtführenden nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als "nicht ausreichend" (Note 5) bewertet. Die Gründe für den Ausschluß sind aktenkundig zu machen. Wird die / der Studierende von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen, kann sie / er verlangen, daß diese Entscheidung vom Prüfungsausschuß überprüft wird. Dies gilt entsprechend bei Festlegungen eines Prüfers oder Aufsichtführenden gemäß Satz 1.

II. Fachprüfungen

§ 13

Ziel, Umfang und Form der Fachprüfungen

- (1) In den Fachprüfungen (FP) soll festgestellt werden, ob der / die Studierende Inhalt und Methoden der Prüfungsfächer in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbständig anwenden kann.
- (2) Die Prüfungsanforderungen sind an dem Inhalt der Lehrveranstaltungen zu orientieren, die auf Grund der Studienordnung für das betreffende Prüfungsfach vorgesehen sind. Dabei soll ein durch Leistungsnachweise belegter Wissensstand aus vorangegangenen Studienabschnitten nur insoweit festgestellt werden, als das Ziel der Fachprüfung nach Absatz 1 dies erfordert.
- (3) Die Fachprüfung besteht in einer schriftlichen Klausurarbeit mit einer Bearbeitungszeit von zwei bis vier Zeitstunden oder in einer mündlichen Prüfung von mindestens dreißig Minuten Dauer. Der Prüfungsausschuß legt in der Regel mindestens zwei Monate vor einem Prüfungstermin die Prüfungsform und im Fall einer Klausurarbeit deren Bearbeitungszeit im Benehmen mit den Prüfern für alle Kandidaten der jeweiligen Fachprüfungen einheitlich und verbindlich fest.
- (4) Prüfungsleistungen in einer Fachprüfung können nach Maßgabe des § 9 Abs. 2 durch gleichwertige Leistungen in einer Einstufungsprüfung gemäß § 17 Abs. 1 BBHG ersetzt werden.
- (5) Eine Fachprüfung ist bestanden, wenn die Prüfungsleistung mindestens als "ausreichend" (Note 4) bewertet worden ist.

§ 14

Zulassung zu Fachprüfungen

- (1) Zu einer Fachprüfung kann nur zugelassen werden, wer,
1. aufgrund eines Zeugnisses der allgemeinen Hochschulreife, der fachgebundenen Hochschulreife oder der Fachhochschulreife oder aufgrund einer durch Rechtsvorschrift oder von der zuständigen staatlichen Stelle als gleichwertig anerkannten Zugangsberechtigung für den Diplomstudiengang an der Hochschule eingeschrieben ist,
 2. eine nach § 3 geforderte praktische Tätigkeit abgeleistet hat,
 3. die als Voraussetzung für die jeweilige Fachprüfung geforderten Prüfungsvorleistungen (PVL) erbracht hat oder bis zu einem vom Prüfungsausschuß festgesetzten Termin erbringt.

Satz 1 Nr. 2 findet keine Anwendung auf Fachprüfungen, die nach der Studienordnung und dem Studienplan während der ersten drei Semester abgelegt werden sollen.

Die in Satz 1 Nr. 2 und 3 genannten Voraussetzungen können durch entsprechende Feststellungen im Rahmen einer Einstufungsprüfung nach § 17 Abs. 1 BBHG ganz oder teilweise ersetzt werden.

(2) Die / der Studierende können Fachprüfungen des Hauptstudiums, die nach der Studienordnung und dem Studienplan zum Ende des siebenten Semesters stattfinden sollen, nur ablegen, wenn sie die Diplomvorprüfung (§ 21) bestanden und das Praxissemester mit Erfolg abgeleistet haben; Absatz 1 Satz 3 findet entsprechende Anwendung. Bei den in Satz 1 genannten Fachprüfungen des Hauptstudiums muß der / die Studierende ferner seit mindestens einem Semester an der Fachhochschule Lausitz als Student /-in eingeschrieben sein.

(3) In dem Zulassungsantrag genannte Wahlpflichtfächer, in denen die / der Studierende die Fachprüfung ablegen will, sind mit der Antragstellung verbindlich festgelegt.

(4) Der Antrag auf Zulassung ist bis zu dem vom Prüfungsausschuß festgesetzten Termin schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Der Antrag (Einschreibung) kann für mehrere Fachprüfungen zugleich gestellt werden, wenn diese Fachprüfungen innerhalb desselben Prüfungszeitraums oder die dafür vorgesehenen Prüfungstermine spätestens zu Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters stattfinden sollen.

(5) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen oder bis zu einem vom Prüfungsausschuß festgesetzten Termin nachzureichen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

1. die Nachweise über die in den Absätzen 1 und 2 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen und Leistungsnachweise nach § 5 Abs. 4 sowie über bisherige Versuche zur Ablegung einer Diplomprüfung und gegebenenfalls einer Vor- oder Zwischenprüfung im gleichen Studiengang,
3. eine Erklärung darüber, ob bei mündlichen Prüfungen einer Zulassung von Zuhörern widersprochen wird.

Ist es der / dem Studierenden nicht möglich, eine nach Satz 1 erforderliche Unterlage in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuß gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen.

(6) Der Antrag auf Zulassung zu einer Fachprüfung kann schriftlich beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bis eine Woche vor dem festgesetzten Prüfungstermin ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(7) Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, im Zweifelsfall der Prüfungsausschuß.

(8) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Absatz 1 und 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
- b) die Unterlagen unvollständig sind und nicht bis zu dem vom Prüfungsausschuß festgesetzten Termin ergänzt werden oder
- c) die / der Studierende eine entsprechende Fachprüfung und damit die Diplom-Vorprüfung oder Diplomprüfung im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden hat.
- d) die / der Studierende im Geltungsbereich des Grundgesetzes seinen Prüfungsanspruch im gleichen Studiengang durch Versäumen einer Wiederholungsfrist verloren hat.

§ 15

Durchführung von Fachprüfungen

- (1) Die Fachprüfungen (FP) finden außerhalb der Lehrveranstaltungen statt.
- (2) Für jedes Prüfungsfach ist mindestens ein Prüfungstermin im Semester anzusetzen. Er soll innerhalb eines Prüfungszeitraumes liegen, der vom Prüfungsausschuß festgesetzt und bei Semesterbeginn oder zum Ende des vorhergehenden Semesters bekanntgegeben wird. Der Prüfungstermin kann auch nach Ablauf oder vor Beginn der Vorlesungszeit liegen.
- (3) Der Prüfungstermin wird der / dem Studierenden rechtzeitig, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung, bekanntgegeben.
- (4) Die / der Studierende hat sich auf Verlangen des Prüfers oder Aufsichtführenden mit einem amtlichen Ausweis auszuweisen.
- (5) Macht die / der Studierende durch ein ärztliches Zeugnis oder auf andere Weise glaubhaft, daß er wegen körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Er hat dafür zu sorgen, daß durch die Gestaltung der Prüfungsbedingungen eine Benachteiligung für Behinderte nach Möglichkeit ausgeglichen wird. Im Zweifel kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses weitere Nachweise fordern.
- (6) Zu Beginn einer Prüfung hat sich der Prüfer durch Befragung der / des Studierenden über deren / dessen gesundheitliche und psychische Voraussetzung, die anstehende Prüfung anzutreten, zu vergewissern.

§ 16

Klausurarbeiten

- (1) In den Klausurarbeiten soll die / der Studierende nachweisen, daß sie / er in begrenzter Zeit und mit zugelassenen Hilfsmitteln Probleme aus Gebieten des jeweiligen Prüfungsfachs mit geläufigen Methoden ihrer / seiner Fachrichtung erkennen und auf richtigem Wege zu einer Lösung finden kann.
- (2) Eine Klausurarbeit findet unter Aufsicht statt. Über die Zulassung von Hilfsmitteln entscheidet der Prüfer.
- (3) Die Prüfungsaufgabe einer Klausurarbeit wird in der Regel von nur einem Prüfer gestellt. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Prüfungsfach mehrere Fachgebiete zusammenfassend geprüft werden, kann die Prüfungsaufgabe auch von mehreren Prüfern gestellt werden. In diesem Fall legen die Prüfer die Gewichtung der Anteile an der Prüfungsaufgabe vorher gemeinsam fest.

§ 17

Mündliche Prüfungen

- (1) Mündliche Prüfungen werden in der Regel vor einem Prüfer in Gegenwart mindestens eines sachkundigen Beisitzers (§7 Abs. 1 Satz 3) oder vor mehreren Prüfern (Kollegialprüfung) als Gruppenprüfungen oder als Einzelprüfungen abgelegt. Hierbei wird jeder der Studierenden in einem Prüfungsfach in der Regel nur von einem Prüfer geprüft. Vor der Festsetzung der Note hat der Prüfer den Beisitzer oder die anderen Prüfer zu hören. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Prüfungsfach mehrere Fachgebiete geprüft werden, kann die Prüfung von mehreren Prüfern abgenommen werden. Dabei prüft und bewertet jeder Prüfer nur den seinem Fachgebiet entsprechenden Anteil des Prüfungsfaches. In diesem Fall legen die Prüfer die Gewichtung der Anteile vor Beginn der Prüfung gemeinsam fest; bei der Bildung der Note der Fachprüfung gemäß § 10 Abs. 4 werden die Bewertungen der einzelnen Prüfer entsprechend der festgelegten Gewichtung der Anteile berücksichtigt.
- (2) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für die Benotung maßgeblichen Tatsachen, sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis der Prüfung ist der/ dem Studierenden unmittelbar im Anschluß an die mündliche Prüfung bekanntzugeben.
- (3) Studierende, die sich in einem späteren Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen, sofern nicht ein Kandidat bei der Meldung zur Prüfung widersprochen hat. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

III. Studienbegleitende Leistungsnachweise

§ 18

Allgemeines

- (1) In den studienbegleitenden Leistungsnachweisen soll auf Grund anerkannter oder bewerteter Studienleistungen festgestellt werden, daß die / der Studierende während seines Studiums die in den Lehrveranstaltungen geforderten Leistungen erfolgreich erbracht hat. Der Nachweis bloßer Teilnahme an einer Lehrveranstaltung stellt keinen Leistungsnachweis dar.
- (2) Ein unbenoteter Leistungsnachweis ist in der Regel erbracht, wenn die Lösung der im Verlauf der Lehrveranstaltung gestellten Aufgaben oder die erfolgreiche Durchführung der praktischen Übungen im Labor oder Praktikum in dem geforderten Mindestumfang anerkannt und durch das Urteil "mit Erfolg teilgenommen" bestätigt worden ist. Den Mindestumfang legt der für die Veranstaltung zuständige Lehrende fest; er gibt die Festlegung zu Beginn des Semesters bekannt.
- (3) Soll die erfolgreiche Teilnahme an Lehrveranstaltungen durch einen benoteten Leistungsnachweis festgestellt werden, muß die geforderte Studienleistung mindestens als "ausreichend" (Note 4) bewertet worden sein. Für die Bewertung gilt § 10 entsprechend. Der Leistungsnachweis kann auch anerkannte Studienleistungen gemäß Absatz 2 und eine bewertete Studienleistung umfassen; aus deren Bewertung ergibt sich zugleich die Note des Leistungsnachweises. Besteht der Leistungsnachweis aus mehreren bewerteten Studienleistungen, ergibt sich die Note des Leistungsnachweises aus dem arithmetischen Mittel der gewichteten Einzelbewertungen.
- (4) Für die Erbringung von Studienleistungen findet bei einer körperlichen Behinderung der / des Studierenden die Vorschrift des § 15 Abs. 5 entsprechende Anwendung.

§ 19

Leistungsnachweise als Zulassungsvoraussetzung für Prüfungen (Prüfungsvorleistungen - PVL)

- (1) Als Zulassungsvoraussetzung für Fachprüfungen und für die Diplomarbeit sind Leistungsnachweise (Prüfungsvorleistungen - PVL) zu erbringen. Die für diese Leistungsnachweise geforderten Studienleistungen sollen nach Gegenstand und Anforderung so auf den Inhalt der jeweiligen Lehrveranstaltung bezogen sein, daß die für das Fach vorgesehene Fachprüfung oder die Diplomarbeit ihrem Zweck nach nicht vorweggenommen wird.
- (2) Als Studienleistungen kommen insbesondere schriftliche Ausarbeitungen (Hausarbeiten), gegebenenfalls in Verbindung mit einem Kolloquium, Klausurarbeiten, Referate, Entwürfe, Berechnungen und Konstruktionen, Versuche im Labor oder Praktikum mit schriftlicher Auswertung, Programmierübungen sowie mündliche Leistungen in Fachgesprächen in Betracht. Die Form wird im Einzelfall von dem für die Veranstaltung zuständigen Lehrenden festgelegt und zu Beginn des Semesters bekanntgegeben.

(3) Soll die erfolgreiche Teilnahme an einer Lehrveranstaltung durch einen benoteten Leistungsnachweis festgestellt werden, wird dies von dem für die Veranstaltung zuständigen Lehrenden zu Beginn des Semesters bekanntgegeben.

§ 20

Leistungsnachweise in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind

In Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind, müssen die gemäß § 5 Abs. 4 die Diplomprüfung ergänzenden Leistungsnachweise (LN) erbracht werden. Sie dienen dem Nachweis hinreichender Fachkenntnisse im jeweiligen Fach; außerdem soll die Anwendung der Fachkenntnisse und der Methoden des Faches überprüft werden.

IV. Diplomvorprüfung; Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums

§ 21

Diplomvorprüfung

(1) Die Diplomvorprüfung schließt den ersten Studienabschnitt (Grundstudium) ab. Sie besteht aus den studienbegleitenden Fachprüfungen (FP) des Grundstudiums und wird ergänzt durch die im Grundstudium vorgeschriebenen Leistungsnachweise (LN) gemäß § 20. Die Diplomvorprüfung ist bestanden, wenn die / der Studierende die Fachprüfungen des Grundstudiums bestanden und die Leistungsnachweise des Grundstudiums erbracht hat. Die Studienordnung und der Studienplan sind so zu gestalten, daß die Diplomvorprüfung am Ende des Grundstudiums vollständig abgelegt sein kann.

(2) Über die abgelegte Diplomvorprüfung stellt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der / dem Studierenden eine Bescheinigung aus. Sie enthält die Noten der Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums.

§ 22

Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums

(1) In dem für alle Studierenden einheitlichen Grundstudium sind Fachprüfungen (FP) in den in der Anlage aufgeführten Fächern abzulegen.

(2) Als Zulassungsvoraussetzung für Fachprüfungen werden Leistungsnachweise (PVL) gemäß § 19 gefordert.

V. Praktisches Studiensemester

§ 23

Praktisches Studiensemester

(1) Im Studium ist eine berufspraktische Tätigkeit von mindestens 20 Wochen (Praktisches Studiensemester) integriert.

(2) Das Praktische Studiensemester soll die Studierenden je nach Fachbereich an die berufliche Tätigkeit durch konkrete Aufgabenstellung und praktische Mitarbeit in Betrieben oder anderen Einrichtungen der Berufspraxis heranzuführen. Es soll insbesondere dazu dienen, die im bisherigen Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten anzuwenden und die bei der praktischen Tätigkeit gemachten Erfahrungen zu reflektieren und auszuwerten.

(3) Zum Praktischen Studiensemester wird zugelassen, wer die Diplom-Vorprüfung bestanden hat.

(4) Während des Praktischen Studiensemesters wird die Tätigkeit der / des Studierenden durch die Fachhochschule begleitet. Art, Form und Umfang der Begleitung werden in der Studienordnung oder in einer besonderen Ordnung, die Bestandteil der Studienordnung ist, geregelt.

(5) Die erfolgreiche Teilnahme am Praktischen Studiensemester wird von dem für die Begleitung zuständigen Lehrenden (Beauftragter für das Praktische Studiensemester) bescheinigt, wenn

1. ein Zeugnis der Ausbildungsstätte über die Mitarbeit der /des Studierenden vorliegt,
2. die / der Studierende an den dem Praktischen Studiensemester zugeordneten Begleit- und Auswertungsveranstaltungen regelmäßig teilgenommen und in den Auswertungsveranstaltungen einen Leistungsnachweis gemäß § 19 erbracht hat,
3. die berufspraktische Tätigkeit der / des Studierenden dem Zweck des Praktischen Studiensemesters entsprochen und die / der Studierende die ihr / ihm übertragenen Arbeiten zufriedenstellend ausgeführt hat; das Zeugnis der Ausbildungsstätte ist dabei zu berücksichtigen.

VI. Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Hauptstudiums

§ 24

Fachprüfungen und Leistungsnachweise

- (1) Fachprüfungen und Leistungsnachweise sind je nach Studienrichtung entsprechend den Angaben des für die Studienrichtung vorgesehenen Prüfungsplanes (Anlage) zu erbringen.
- (2) Als Zulassungsvoraussetzungen für Fachprüfungen werden Prüfungsvorleistungen (PVL) gemäß § 19 gefordert, welche im Prüfungsplan (Anlage) angezeigt sind.
- (3) Voraussetzungen für Studienleistungen entsprechend §19 Abs. 2 der DPO sind gleichfalls die in der Stundentafel der jeweiligen Studienrichtung verzeichneten Praktika.

VII. Diplomarbeit und Kolloquium

§ 25

Diplomarbeit

- (1) Die Diplomarbeit soll zeigen, daß die / der Studierende befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine praxisorientierte Aufgabe aus ihrem / seinem Fachgebiet sowohl in ihren fachlichen Einzelheiten als auch in den fachübergreifenden Zusammenhängen nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbständig zu bearbeiten. Die Diplomarbeit ist in der Regel eine eigenständige Untersuchung mit einer konstruktiven, experimentellen oder einer anderen Aufgabenstellung und einer ausführlichen Beschreibung und Erläuterung ihrer Lösung. In fachlich geeigneten Fällen kann sie auch eine schriftliche Hausarbeit mit fachliterarischem Inhalt sein.
- (2) Die Diplomarbeit kann von einem Professor oder einer anderen nach § 14 Abs. 4 BBHG prüfungsberechtigten Person betreut werden. Die Diplomarbeit darf mit Zustimmung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule durchgeführt werden, wenn sie dort ausreichend betreut werden kann. Der/ dem Studierenden ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für das Thema der Diplomarbeit sowie für den Betreuer zu machen.
- (3) Auf Antrag sorgt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, daß die / der Studierende rechtzeitig ein Thema für die Diplomarbeit erhält.
- (4) Die Diplomarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.

§ 26

Zulassung zur Diplomarbeit

(1) Zur Diplomarbeit kann zugelassen werden, wer

1. die Diplomvorprüfung gemäß § 21 bestanden hat,
2. das Praktische Studiensemester erfolgreich abgeleistet hat,
3. die Fachprüfungen des Hauptstudiums bis auf eine bestanden hat,
4. die Leistungsnachweise des Hauptstudiums bis auf einen erbracht hat.

Die Ausnahmen in Satz 1 Nr. 3 gelten nicht für die Prüfung in einem Fach, das vom Thema der Diplomarbeit wesentlich berührt wird.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

1. die Nachweise über die in Absatz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Bearbeitung einer Diplomarbeit und zur Ablegung der Diplomprüfung und gegebenenfalls einer Diplom-Vorprüfung im gleichen Studiengang.

Dem Antrag soll eine Erklärung darüber beigefügt werden, welcher Prüfer zur Ausgabe und Betreuung der Diplomarbeit bereit ist.

(3) Der Antrag auf Zulassung kann schriftlich bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(4) Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und im Zweifelsfall der Prüfungsausschuß. Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt oder
- b) die Unterlagen unvollständig sind oder
- c) im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine entsprechende Diplomarbeit des studierenden Kandidaten ohne Wiederholungsmöglichkeit als nicht ausreichend bewertet worden ist oder die / der Studierende eine Fachprüfung endgültig nicht bestanden oder die geforderten Leistungsnachweise nicht erbracht hat.
- d) wenn die / der Studierende im Geltungsbereich des Grundgesetzes seinen Prüfungsanspruch im gleichen Studiengang durch Versäumen einer Wiederholungsfrist verloren hat.

§ 27

Ausgabe und Bearbeitung der Diplomarbeit

- (1) Die Ausgabe der Diplomarbeit erfolgt über den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem der Vorsitzende des Prüfungsausschusses das von dem Betreuer der Diplomarbeit gestellte Thema der / dem Studierenden bekanntgibt; der Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen.
- (2) Die Bearbeitung (Zeitraum von der Ausgabe bis zur Abgabe der Diplomarbeit) beträgt drei Monate. Das Thema und die Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein, daß die Diplomarbeit innerhalb der vorgesehenen Frist abgeschlossen werden kann. Im Fall eines begründeten Antrages durch die / den Studierende /-n kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses vor Ablauf der Abgabefrist die Bearbeitungszeit um bis zu vier Wochen verlängern. Der Betreuer der Diplomarbeit soll zu dem Antrag gehört werden. Unabhängig davon erfolgt in Krankheitsfällen eine zeitäquivalente Verlängerung der Bearbeitungszeit auf Grundlage der durch die / den Studierende /-n eingereichten ärztliche Bescheinigung.
- (3) Das Thema der Diplomarbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten vier Wochen der Bearbeitungszeit ohne Angabe von Gründen zurückgegeben werden. Im Fall der Wiederholung gemäß § 11 Abs. 3 ist die Rückgabe nur zulässig, wenn die / der Studierende bei der Anfertigung seiner ersten Diplomarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.
- (4) Im Fall einer körperlichen Behinderung der / des Studierenden findet § 15 Abs. 5 entsprechende Anwendung.

§ 28

Abgabe und Bewertung der Diplomarbeit

- (1) Die Diplomarbeit ist fristgemäß beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einzureichen. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen; bei Zustellung der Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Einlieferung bei der Post maßgebend. Bei der Abgabe der Diplomarbeit hat die / der Studierende schriftlich zu versichern, daß sie / er ihre / seine Arbeit - bei einer Gruppenarbeit ihren / seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.
- (2) Die Diplomarbeit ist von zwei Prüfern zu bewerten. Einer der Prüfer soll der Betreuer der Diplomarbeit sein. Der zweite Prüfer wird vom Prüfungsausschuß bestimmt. Im Fall, daß der erste Prüfer kein Professor ist, muß der zweite Prüfer ein Professor sein. Bei nicht übereinstimmender Bewertung durch die Prüfer wird die Note der Diplomarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die Differenz der beiden Noten nicht größer als 2,0 beträgt.
Beträgt die Differenz mehr als 2,0, wird vom Prüfungsausschuß ein dritter Prüfer bestimmt. Wird ein dritter Prüfer zur Bewertung der Diplomarbeit herangezogen, so wird die Note aus dem arithmetischen Mittel der drei Einzelbewertungen gebildet. Die Diplomarbeit kann jedoch nur dann mit "ausreichend" (Note 4) oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten "ausreichend" (Note 4) oder besser sind. Alle Bewertungen sind schriftlich zu begründen.

§ 29

Kolloquium

(1) Das Kolloquium ergänzt die Diplomarbeit und ist selbständig zu bewerten. Es dient der Feststellung, ob die / der Studierende befähigt ist, die Ergebnisse der Diplomarbeit, ihre fachlichen Grundlagen, ihre fächerübergreifenden Zusammenhänge und ihre außerfachlichen Bezüge mündlich darzustellen und selbständig zu begründen und ihre Bedeutung für die Praxis einzuschätzen. Dabei soll auch die Bearbeitung des Themas der Diplomarbeit erörtert werden.

(2) Zum Kolloquium kann die / der Studierende nur zugelassen werden, wenn

1. die in § 26 Abs. 1 genannten Voraussetzungen für die Zulassung zur Diplomarbeit nachgewiesen sind, die Einschreibung als Student /-in oder die Zulassung als Zweithörer vorliegt,
2. alle Fachprüfungen bestanden und alle vorgeschriebenen Leistungsnachweise erbracht sind,
3. die Diplomarbeit mindestens mit "ausreichend" (Note 4) bewertet worden ist.

Der Antrag auf Zulassung zum Diplomkolloquium ist an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind die Nachweise über die in Satz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen beizufügen, sofern sie dem Prüfungsausschuß nicht bereits vorliegen; ferner ist eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen sowie darüber, ob einer Zulassung von Zuhörern widersprochen wird, beizufügen. Die / der Studierende kann die Zulassung zum Kolloquium auch bereits bei der Meldung zur Diplomarbeit (§ 26 Abs. 2) beantragen; in diesem Fall erfolgt die Zulassung zum Kolloquium, sobald alle erforderlichen Nachweise und Unterlagen dem Prüfungsausschuß vorliegen. Für die Zulassung zum Kolloquium und ihre Versagung gilt im übrigen § 26 Abs. 4 entsprechend.

(3) Das Kolloquium wird als mündliche Prüfung (§ 17) durchgeführt und von den Prüfern der Diplomarbeit gemeinsam abgenommen und bewertet. Im Fall des § 28 Abs. 2 Satz 5 wird das Kolloquium von den Prüfern abgenommen, aus deren Einzelbewertungen die Note der Diplomarbeit gebildet worden ist. Das Kolloquium dauert mindestens dreißig Minuten. Bei einem Gruppenkolloquium erhöht sich die Zeitdauer entsprechend. Für die Durchführung des Kolloquiums finden im übrigen die für mündliche Fachprüfungen geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

VIII. Ergebnis der Diplomprüfung; Zusatzfächer

§ 30

Ergebnis der Diplomprüfung

(1) Die Diplomprüfung ist bestanden, wenn alle vorgeschriebenen Fachprüfungen und Leistungsnachweise bestanden sowie die Diplomarbeit und das Kolloquium jeweils mindestens *mit* "ausreichend" (Note 4) bewertet worden sind.

(2) Bei nicht bestandener Diplomprüfung oder bei Verlust des Prüfungsanspruchs gemäß § 11 Abs. 5 wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf Antrag stellt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses in einem Zeitraum bis zu drei Monaten nach der Exmatrikulation eine Bescheinigung aus, die die erbrachten Prüfungsleistungen und Leistungsnachweise und deren Benotung sowie die zur Diplomprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen oder Leistungsnachweise enthält. Aus der Bescheinigung muß hervorgehen, daß die / der Studierende die Diplomprüfung endgültig nicht bestanden oder seinen Prüfungsanspruch gemäß § 11 Abs. 5 verloren hat.

§ 31

Zeugnis, Gesamtnote, Diplomurkunde

(1) Über die bestandene Diplomprüfung wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen nach der letzten Prüfungsleistung, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält die Noten der Fachprüfungen, das Thema ggf. in einer Kurzfassung und die Note der Diplomarbeit, die Note des Kolloquiums sowie die Gesamtnote der Diplomprüfung. In dem Zeugnis werden ferner die Leistungsnachweise gemäß § 20 in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung waren, die dabei erzielten Noten und das erfolgreich abgeleistete Praxissemester aufgeführt. Die gewählte Studienrichtung und der gewählte Studienschwerpunkt sind im Zeugnis kenntlich zu machen; dies gilt auch für Prüfungsleistungen nach Satz 2 und Leistungsnachweise nach Satz 3, die an einer anderen Hochschule, erbracht und nach § 8 angerechnet worden sind.

(2) Die Gesamtnote der Diplomprüfung wird aus dem arithmetischen Mittel der in Absatz 1 genannten Einzelnoten gemäß § 10 Abs. 4 gebildet. Dabei werden folgende Notengewichte zugrunde gelegt:

Diplomarbeit	zweifach
Kolloquium	einfach
Durchschnitt der Noten der Fachprüfungen und der Leistungsnachweise zusammen	siebenfach

Zur Bildung des Durchschnitts der Noten der Fachprüfungen und der Leistungsnachweise wird jede Fachprüfung zweifach und jeder Leistungsnachweis einfach gewichtet.

(3) Das Zeugnis ist mit dem Prägestempel der Hochschule zu siegeln und vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung (Diplomkolloquium) erbracht worden ist.

(4) Gleichzeitig mit dem Zeugnis erhält der Kandidat die Diplomurkunde mit dem Datum des Zeugnisses. Die Urkunde wird vom Rektor und vom Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Fachhochschule versehen.

§ 32

Zusatzfächer

(1) Die / der Studierende kann sich in weiteren als den vorgeschriebenen Fächern einer Prüfung unterziehen (Zusatzfächer). Das Ergebnis dieser Fachprüfungen wird auf Antrag der / des Studierenden in das Zeugnis aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht berücksichtigt. Das gleiche gilt für die Erbringung von zusätzlichen Leistungsnachweisen gemäß § 20.

(2) Als Prüfung in Zusatzfächern gilt auch, wenn die / der Studierende aus einem Katalog von Wahlpflichtfächern mehr als die vorgeschriebene Anzahl auswählt und durch Fachprüfungen abschließt. In diesem Fall gilt die zuerst abgelegte Fachprüfung als die vorgeschriebene Prüfung, es sei denn, daß die / der Studierende vor der ersten Prüfung etwas anderes bestimmt hat.

IX. Schlußbestimmungen

§ 33

Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) Nach Abschluß einer Prüfung wird der / dem Studierenden auf Antrag Einsicht in ihre / seine schriftlichen Prüfungsarbeiten unter Aufsicht eines Befugten gewährt.
- (2) Die Einsichtnahme ist binnen einem Monat nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses (LN, PVL, FP und Gutachten zur Diplomarbeit) durch die / den Studierenden beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder dessen Beauftragten zu beantragen. Dieser bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 34

Ungültigkeit von Prüfungen

- (1) Hat der / die Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 30 Absatz 2 Satz 2 bekannt, so kann der Prüfungsausschuß nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der / die Studierende getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Diplomprüfung für nicht bestanden erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne daß die / der Studierende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 30 Absatz 2 Satz 2 bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung getilgt. Hat die / der Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so kann die Fachprüfung für "nicht ausreichend" und die Diplom-Vorprüfung und die Diplomprüfung für nicht bestanden erklärt werden.
- (3) Dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (4) Das unrichtige Prüfungszeugnis oder die unrichtige Bescheinigung nach § 30 ist einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Eine Entscheidung nach § 30 Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung nach § 30 Abs. 2 Satz 3 ausgeschlossen.

§ 35

Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

- (1) Diese Prüfungsordnung tritt nach Genehmigung gemäß § 15 Abs. 1 des BBHG durch den Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Hochschule in Kraft.
- (2) Studenten /-innen, die bei Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung eingeschrieben oder als Zweithörer zugelassen waren, schließen ihr Studium nach dieser Prüfungsordnung ab.

Hauptstudium

Studienrichtung: Produktionswirtschaft

Lehrgebiet	4. Semester		5.	6. Semester		7. Semester		8.
	Std.	Prüfung		Std.	Prüfung	Std.	Prüfung	
Technische Mechanik (Spezielle Kapitel)	3	LN	P r a k t. S t u d i e n s e m e s t e r					D i p l o m s e m e s t e r
Automatisierungstechnik	4	FP						
Konstruktionstechnik	4	LN						
Fertigungsorganisation I und II	2			4	FP			
Arbeitsvorbereitung				4				
Werkzeugmaschinen und Handhabetechnik				4	PVL	2	FP	
Betriebsmittel						2		
Qualitätssicherung und Produktionsautomatisierung						4	FP	
Instandhaltung						4	LN	
Transport- und Lagertechnik	2	FP						
Fabrik- und Produktionsplanung	4							
Arbeitswissenschaft				4	LN			
Marketing und Unternehmensführung				4	PVL	4	FP	
Logistik und Management	6	FP						
Personalwirtschaft / Arbeitsrecht				4	LN			
Finanzwirtschaft	4	LN						
Rechnungswesen / Steuerlehre						6	FP	
Wahlpflichtfächer				4	LN	4	LN	
Summe	29	3 FP 3 LN		28	1 FP 3 LN 2 PVL	26	4 FP 2 LN	

Hauptstudium

Studienrichtung: Energiewirtschaft

Lehrgebiet	4. Semester		5.	6. Semester		7. Semester		8.
	Std.	Prüfung		Std.	Prüfung	Std.	Prüfung	
Ausgewählte Kapitel der Elektrotechnik	6	FP	P r a k t S t u d i e n s e m e s t e r					D i p l o m s e m e s t e r
Steuer- und Regelungstechnik						4	LN	
Energietechnik / Elektrische Maschinen	4	PVL		8	FP			
Informationssysteme / Prozeßleittechnik	6	PVL		4	FP			
Energiewirtschaft	4	PVL		6	FP			
Marketing und Unternehmensführung				4	PVL	4	FP	
Logistik und Management	6	LN						
Personalwirtschaft / Arbeitsrecht				4	LN			
Finanzwirtschaft	4	LN						
Wirtschaftsrecht (ET)						4	LN	
Rechnungswesen / Steuerlehre						6	FP	
Wahlpflichtfächer*				4	FP	4	FP	
Wahlfächer**						4	LN	
Summe	30	1 FP 2 LN 3 PVL		30	4 FP 1 LN 1 PVL	26	3 FP 3 LN	

* Fächer aus dem wirtschaftlichen Bereich

** Fächer aus dem technischen Bereich

Studentafeln

Grundstudium

Lehrgebiet	1. Semester		2. Semester		3. Semester	
	Std.	Prüfung	Std.	Prüfung	Std.	Prüfung
Mathematik / Finanzmathematik	6	PVL	4	PVL	4	FP
Physik	6	PVL	4	FP		
Werkstofftechnik			4	LN		
Fertigungstechnik			2	PVL	4	FP
Technische Mechanik	2	PVL	3	FP		
Konstruktionslehre			4		4	LN
Allgemeine Elektrotechnik	4	PVL	2	FP		
Meßtechnik					3	LN
Informatik	4		4	LN		
Einführung in das Rechnungswesen					4	LN
Volkswirtschaftslehre	4	LN				
Betriebswirtschaftslehre			4	PVL	4	FP
Wirtschaftsrecht					6	FP
Fremdsprache	4	LN				
Summe	30	2 LN 4 PVL	31	3 FP 2 LN 3 PVL	29	4 FP 3 LN